

SITZUNGSPROTOKOLL DELEGIERTENVERSAMMLUNG 2/11-12

Datum Mittwoch, 4. April 2012
Zeit | Ort 14.30 Uhr, Propstei, Alt St. Johann
Protokollschreiber-/in Esther Probst

Anwesend siehe Gästeliste

Entschuldigt siehe Gästeliste

Abwesend

Gast

Traktandenliste

	Musikalische Einstimmung
	Begrüssungen
1.	Aktuelles aus dem KLV
2.	Mitgliederbeitrag 2012/13
3.	Budget 2012/13
4.	Wahlen
5.	Anträge
6.	Diverses
7.	Umfrage
	Referat zur Pensionskasse

KLV St. Gallen

Esther Probst
Protokollführerin

Postadresse

Mühlegutstr. 12
9403 Goldach

Telefon und Fax

T 071 352 72 62
F 071 352 72 62

Internet

E info@klv-sg.ch
W www.klv-sg.ch

Musikalische Einstimmung

Stefan Gubler begrüsst zusammen mit seiner Mittelstufenklasse die Delegierten mit dem „Ufsatzblues“, dem „Calypso Song“, dem Lied „vu bessere Zite“ und (als Zugabe) dem „Titanic Song“. Es wird ihnen dafür mit kräftigem Applaus gedankt.

Begrüssungen

Die Sektionspräsidentin Madeleine Näf heisst die Anwesenden zur DV in den wunderschönen Räumen der Propstei herzlich willkommen und bedankt sich für die musikalische Einstimmung. Sie weist darauf hin, dass Stefan Gubler vor der Pause noch kurz ein paar Worte zur Probstei erzählen wird.

Der Gemeindepräsident Rolf Züllig begrüsst die Delegierten ebenfalls in seiner Gemeinde. In europäischer Weise erzählt er als Einstieg einen Witz. Anschliessend lässt er die Anwesenden an einem kurzen Streifzug durch die neu fusionierte Gemeinde Wildhaus/Alt St. Johann teilnehmen. Schliesslich fasst Rolf Züllig seine Ausführungen zusammen: Bilder sagen mehr als Worte, Landschaften zeigen das Heimatgefühl. Er hofft, dass auch die Delegierten zum Schluss kommen: Hier ist es schön, hier will ich wieder hin. In diesem Sinne wünscht er eine gelungene Versammlung.

Die Sektionspräsidentin spricht anschliessend einen herzlichen Dank aus für die offerierte Pausenverpflegung der Gemeinde, der Raiffeisen Bank für den Beitrag an die Miete der Propstei, der Kath. Kirchgemeinde für das Entgegenkommen bei der Miete und schliesslich allen Helferinnen und Helfern im Hintergrund, die zum Gelingen des Anlasses beigetragen haben.

Last but not least begrüsst auch Hansruedi Vogel (HV) vom Präsidium die Anwesenden:

Auch nach Meldungen von Flugzeugabstürzen oder gestrandeten Schiffen steigen wir wieder vertrauensvoll in Flugzeuge und Schiffe. Das Vertrauen in den Piloten und den Kapitän ist trotz allen Vorkommnissen vorhanden.

So beschloss der KLV vor vier Jahren auch, mit einer positiven Haltung auf den neuen Bildungschef zuzugehen, obwohl Regierungsrat Kölliker ein Quereinsteiger und der Vertreter einer Partei war, die keine Exekutivverfahren im Kanton hatte. Im Nachhinein erwies es sich als falsch, Regierungsrat Köllikers wiederholten Beteuerungen „Man könne ihm vertrauen“ glauben zu schenken. Dies wurde dem KLV bei den eigenmächtigen Aussagen und Behauptungen des Bildungschefs zum XIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz schmerzlich bewusst.

HV versucht eine Analyse der Vorkommnisse der letzten Wochen:

„Ob zuerst das Huhn oder das Ei war, lässt sich bei den Positionen von RR Kölliker zum XIII. Nachtrag schwer nachvollziehen. Wollte er von Beginn weg keine 14 sondern nur 5 Lektionen bei den Schülerinnen und Schülern reduzieren oder waren es die Teilzeitlehrpersonen, die ihm von Anfang an dein Dorn im Auge waren? Beides ist eng miteinander verbunden. Oder hatte RR Kölliker gar nie die Idee, beides in unserem Sinne zu realisieren? Unklar ist auch, ob er alleine entschied oder ob ihm die Partei diese Positionen vorgab. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass alle in den Prozess involvierten Personen bis zum Schluss der Meinung waren, dass die Pensenreduktion für alle Lehrpersonen gelten sollte und die Kostenneutralität über die Senkung der Schülerlektionen realisiert werden könnte. Niemand hat mit einer Wende in diese Richtung gerechnet, wie sie dann vollzogen wurde.“

HV räumt ein, dass der KLV sich über die Formalitäten der Umsetzung sowohl bei den Schülerlektionen wie auch bei den Teilzeitlehrpersonen hätte verbindlich absichern sollen. Dies war ein Fehler – den jedoch auch SGV und vpod gemacht haben. Der KLV wird aber seine Lehren daraus ziehen und zukünftig frühzeitig insistieren und sich absichern.

Dazu hat der KLV Gelegenheit im Zusammenhang mit der Pensionskassenrevision. Auch hier stehen viele Versprechungen im Raum. Der KLV wird diese Versprechungen, allenfalls auch mit unangenehmen Mitteln, einfordern. Über das Vorgehen in diesem Geschäft wird noch im Laufe der Versammlung diskutiert werden.

Trotz diesen schwierigen Vorzeichen freut sich HV auf eine erfolgreiche Veranstaltung. Er bedankt sich bei der Sektionspräsidentin für die Organisation der HV sowie bei all jenen, welche die DV in irgendeiner Form unterstützt haben.

Die Einladungen mit den Traktanden wurden laut HV rechtzeitig verschickt. Es wird keine Traktandenänderung gewünscht.

Es sind 101 Delegierte anwesend, das absolute Mehr beträgt demnach 51.

Gerd Piller und Roger Häubi werden einstimmig als Stimmzähler gewählt.

Traktanden

1. AKTUELLES AUS DEM KLV (WORTLAUT SIEHE ANHANG 1)

Wahlen (Claudia Frei)

Der KLV hat sich bei den National- wie bei Kantonsratswahlen mit fundierten Wahlempfehlungen dafür eingesetzt, dass so viele Mitglieder wie möglich an die Urne gehen.

Die negativen Auslegungen beim XIII. Nachtrag haben das Wahlgeschehen insbesondere bei den Regierungsratswahlen beeinflusst. Vor der Februarsession entschied der Vorstand, dass der KLV die Mitglieder auffordert, R.R. Kölliker nicht mehr zu wählen. Am 11. März 2011 wurde Regierungsrat Kölliker mit nur 51,33 % (63'523 Stimmen) knapp gewählt.

Heidi Hanselmann, unser Ehrenmitglied, erreichte das absolute Mehr klar mit 68,18 % (84'375 Stimmen). Der Kantonsrat wurde bis anhin von zehn KLV-Mitgliedern vertreten. Neu sind wir mit 14 Mitglieder im Parlament. Von all den durch den KLV empfohlenen Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten wurden 26 Personen gewählt.

XIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz (Hansjörg Bauer)

Der Nachtrag zum Volksschulgesetz und die Debatte darüber haben hohe Wellen geworfen. Konkret ging es nur um die Frage, ob nur die Vollzeit- oder auch die Teilzeitlehrpersonen in den Genuss einer anteilmässigen Lektionenreduktion kommen sollen. Das Wort "sachgemäss" war für uns ein klares Indiz dafür. Sehr spät erst erfuhren wir, dass Regierungsrat Kölliker und das Bildungsdepartement die Vorlage anders auslegen und eine Lektionenreduktion nur für Vollzeitlehrpersonen realisieren wollen. Trotz mündlichen und schriftlichen Interventionen unsererseits hielt der Bildungschef an seiner Haltung fest. Der Kantonsrat beschloss, auf Antrag der Regierung, mit 71 zu 38 Stimmen, dass in Nachverhandlungen mit den Sozialpartnern eine Entlastung auch für die Teilzeit-Lehrpersonen zu prüfen ist.

Neues Personalgesetz (Hansjörg Bauer)

Das neue Personalgesetz tritt nun auf den 1. Juni 2012 in Kraft. Die kostenrelevanten Punkte, die einige, wenige Verbesserungen für die Lehrpersonen beinhalten, werden erst ein halbes Jahr später in Kraft gesetzt.

Neu wird das Arbeitsverhältnis zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmenden durch einen Arbeitsvertrag geregelt. In Absprache mit dem Verband St. Galler Volksschulträger, dem Bildungsdepartement und dem KLV wurde ein Mustervertrag ausgearbeitet, der den Schulgemeinden zur Verfügung gestellt wird und auch auf der Homepage des SGV zu finden ist. Damit soll erreicht werden, dass nicht jede Schulgemeinde einen eigenen Vertrag erstellt.

Sparpaket 2012 (Hansjörg Bauer)

Die Meldungen aus dem Finanzdepartement tönen wenig verheissungsvoll: Defizit trotz hohen Reservebezügen. Die laufende Rechnung dieses Jahres schliesst voraussichtlich um über 40 Mio. Franken schlechter ab als budgetiert. Deshalb möchte der Kanton die beschlossenen Sparmassnahmen des ersten Sparpakets rasch umsetzen und wird auf die Junisession des Kantonsrates bereits das nächste Sparpaket vorlegen.

Diese Fakten stimmen uns alles andere als positiv. Sehr entscheidend wird es sein, wo primär die Sparschraube angesetzt wird. Unser Bildungschef betont immer wieder, dass im Bildungsbereich das Sparpotential ausgeschöpft sei. Das sehen wir genauso.

Revision des Pensionskassengesetzes (Hansruedi Vogel)

Es deutet viel darauf hin, dass die Lehrpersonen im Rahmen der Pensionskassenrevision zu den Verlierern gehören werden. Angesichts der Tragweite, der präsentierten Vorgehensweise zur Revision der Kassen haben die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Verwaltungskommissionen beschlossen, eine Stellungnahme zu allen relevanten Punkten der Revision abzugeben. Die vorgesehenen Entscheide wurden darauf durch die Regierung zeitlich zurückgestellt, genauso wie die geplante Information der Mitglieder, die anfangs März erfolgte.

Die Verwaltungskommissionen der beiden Pensionskassen werden nun noch einen unabhängigen Pensionskassenexperten beiziehen, der die Einschätzung der Regierung auf deren Richtigkeit prüft und beratend zur Seite steht.

Eine weitere Tatsache ist, dass die abgeschöpften Gelder vom Kanton bis heute noch nicht an die Pensionskassen zurückbezahlt wurden, es geht hier immerhin um rund 40 Mio. Franken.

Sonderpädagogik-Konzept (Hansruedi Vogel)

Der Kantonsrat hat in der Februarsession entschieden, dass die kommunale Sonderschulpauschale 36'000 Fr. betragen soll. Das ist leicht weniger als befürchtet, bedeutet aber für viele Schulgemeinden einen grossen finanziellen Mehraufwand bei Sonderschulzuweisungen. Es ist zu hoffen, dass Kinder, die eigentlich in einer Sonderschule am richtigen Ort wären, aus finanziellen Gründen nicht „kalt“ in die Volksschule integriert werden.

In der Zwischenzeit ist das Sonderpädagogik-Konzept und der XIV. Nachtrag zum Volksschulgesetz ausgearbeitet worden.

Wichtige Punkte im neuen Konzept und den Ausführungsbestimmungen sind für uns, dass die Regelklassenlehrpersonen keine Mehrbelastung erfahren. Wenn es trotzdem zu solchen kommt müssen gleichzeitig Entlastungsmassnahmen für diese eingesetzt werden.

Die ausgesetzte Vernehmlassung ist neu ab Juni 2012 vorgesehen.

Berufsauftrag (Hansruedi Vogel)

Bedingt durch die Rückstellung von Artikel 77 und 77bis durch den Kantonsrat wird die Arbeit am Berufsauftrag unterbrochen.

2. MITGLIEDERBEITRAG 2012/13

Antrag 1: Der Jahresbeitrag wird auf 60 Fr. belassen. Der Antrag wird ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Antrag 2: Der Beitrag der Senioren wird von Fr. 10.- auf Fr. 20.- erhöht, damit er wieder kostendeckend ist. Der Antrag wird ohne Diskussion mit 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen von der grossen Mehrheit angenommen.

3. BUDGET 2012/13

Das Budget wird ohne Diskussion einstimmig genehmigt.

4. WAHLEN

Niklaus Brülisauer und Markus Böni haben auf Ende des Vereinsjahres ihren Rücktritt aus der GPK eingereicht. David Bärlocher, ehemaliger Kassier, stellt sich für das Amt zur Verfügung. Er wird einstimmig gewählt.

Christine Vettiger, die sich ebenfalls für das Amt bewarb, musste ihre Kandidatur zurückziehen. Sie hat sich kurzfristig für ein politisches Amt beworben, welches eine gewerkschaftliche Arbeit ausschliessen würde. Es steht keine zweite Kandidatur zur Verfügung. Aus diesen Gründen wird die Wahl auf die DV im Herbst verschoben.

5. ANTRÄGE

Da keine Anträge fristgerecht eingetroffen sind, entfällt dieses Traktandum.

6. DIVERSES

Nochmals spricht HV der Sektionspräsidentin Madeleine Näf den Dank für die Organisation der HV aus und überreicht ihr einen Blumenstrauss.

Per Glücksfee werden die Siegerinnen des Wahlmotivationswettbewerbs bestimmt. Je einen Znüni erhalten folgende Schulhäuser:

Boppartshof, St. Gallen, T. Rimann

Wiesenau, St. Margrethen, Ursula Rüesch

Ebnet, Andwil, Itta Loher

7. UMFRAGE

Frage: Mit welchem Zeithorizont muss für den Entscheid zum Volksschulgesetz gerechnet werden?

Antwort: Zuerst findet eine Mediation statt, ein Departementswechsel von RR Kölliker steht noch immer im Raum. Eine Prognose ist schwierig, allenfalls bis September.

Frage: Wie steht es mit den zwei Wochen Weihnachtsferien?

Antwort: Diese waren in der ersten Lesung des KR unbestritten. RR Kölliker hat die Umsetzung für dieses Jahr versprochen. Die zweite Lesung im April sollte kein Problem sein.

Ausführungen von Stefan Gubler zur Propstei Alt St. Johann:

Das Gebäude wurde vor 6 Jahren renoviert und die Räume mit Namen von bekannten Persönlichkeiten aus der Geschichte des Hauses benannt.

Das Glöckchen an der Uhr im unteren Stock schlägt bis heute immer 5 Minuten vor der vollen Stunde. Es mahnte einst die Mönche an das stündliche Gebet. Man hatte also immer noch etwas Zeit.

Es gab strenge Regeln im Benediktinerkloster. So wurde auch das Zu-spät-in-die-Messe-Kommen gebüsst. Zu spät war, wer erst nach dem ersten Psalm „Ehre sei Gott“ kam. Um den Brüdern Zeit zu lassen und sie trotzdem nicht büssen zu müssen, wurde der erste Psalm sehr langsam gesungen.

Eine weitere Benediktinerregel betraf die Getränke: Der Wein passe nicht zu den Mönchen, hiess es. Da die Mönche sich davon jedoch nicht überzeugen liessen, hiess die Regel, den Wein nicht im Übermass zu trinken sondern weniger, denn der Wein bringe sogar die Weisen zu Fall.

Stefan Gubler bietet eine Eselsbrücke für das Merken des Gründungsjahres des Klosters an: Die Erinnerung an die Uhr, die um fünf vor 12 schlägt – 1155.

Pause

Revision der Pensionskasse

HV erläutert einige wichtige Punkte der Revision und stellt den klaren Standpunkt des KLV und die damit verbundenen Forderungen dar. Anschliessend an die Ausführungen können Fragen gestellt werden.

Verselbständigung der Kasse

Der Bund schiebt vor, dass die Pensionskassen auf den 1.1.2014 verselbständigt werden müssen.

Forderung: Die Kasse muss in gutem Zustand übergeben werden

Voll- oder Teilkapitalisierung

Regierung will Vollkapitalisierung. Die Unterdeckung der Kasse soll durch deren Verzinsung behoben werden.

Forderung: Garantie für angemessene Verzinsung

Technischer Zinssatz

Der aktuelle technische Zinssatz von 4% entspricht nicht mehr der Realität.

Forderung: Der technische Zinssatz muss auf eine realistische Höhe von maximal 3,5% angepasst werden.

Demografie

Eine Beitragserhöhung ist nachvollziehbar und daher unbestritten.

Forderung: Es muss mit der Beitragserhöhung eine Lebenspartnerrente eingeführt werden.

Fusion

Eine Fusion mit der Pensionskasse des Staatspersonals ist vorgesehen. Es gibt daraus keine ersichtlichen Vorteile für die Lehrerpensionskasse.

Forderung: Die Vorteile müssen transparent und nachvollziehbar gemacht werden.

Sanierungsplan

Es liegt kein konkreter Sanierungsplan vor.

Forderung: Ein sofortiger Sanierungsplan muss erstellt werden. Falls die Regierung einen solchen als nicht notwendig erachtet, muss der KR dies begründet bestätigen.

Etappiierung

Die Regierung will einzelne Punkte der Vorlage herausbrechen und dem KR einzeln vorlegen.

Forderung: Aus diesem Vorgehen dürfen für die Versicherten keine Nachteile entstehen (z.B. Übergangsgeneration).

Primatswechsel

Forderung: Der KLV ist mit dem Primatswechsel nur bei Erfüllung der obigen Forderungen einverstanden.

Die Diskussion wird eröffnet.

Frage: Besteht für die bestehenden Renten eine Besitzstandswahrung?

Antwort: Grundsätzlich ja, es wird jedoch davon gesprochen, dass die Rentner etwas zur Sanierung beitragen müssen.

Resolution

Die GL des KLV schlägt der Versammlung die Verabschiedung einer Resolution vor, um gemeinsam mit der Basis die Standpunkte des KLV zur laufenden Revision der Pensionskasse nochmals ganz deutlich zu machen. Damit sollen geplante Verschlechterungen für die Versicherten bekämpft werden. Sollte die Regierung bis Ende Monat nicht auf die Resolution reagieren, werden entsprechende Massnahmen unsererseits folgen (siehe Stilmittel).

Den Delegierten liegt ein Entwurf der Resolution vor. Die Resolution wird Punkt für Punkt besprochen.

Einleitung

Antrag: ...vor allem für die **Übergangsgeneration**... streichen, weil vor allem die Jungen die Zweifel haben müssen.

Antwort: Das Beitragssystem kommt den Jungen grundsätzlich entgegen. Junge können 30 oder 40 Jahre lang einzahlen. Sie zahlen zwar mehr ein, können damit aber eine gute Altersrente erreichen. Die Übergangsgeneration hat keine Zeit mehr zum Nachzahlen. Beim Systemwechsel fehlt daher der Übergangsgeneration das Geld, das nun eingeschossen werden muss.

Abstimmung: ja 1 nein Rest

1. Punkt (angemessene Verzinsung)

Frage: Was heisst angemessene Verzinsung?

Antwort: Ein fixer Betrag ist nicht zu nennen. Ziel ist die Erreichung von 120% Deckungsgrad.

2. Punkt (Technischer Zinssatz)

Frage: Warum soll der technische Zinssatz gesenkt werden?

Antwort: Je tiefer der Zinssatz, umso mehr Geld muss bei der Pensionierung vorhanden sein. Alle sind sich einig, dass der Zinssatz aktuell zu hoch ist. Der Zeitpunkt der Senkung ist jedoch strittig. Wir fordern die Senkung des Zinssatzes vor der Verselbständigung, da diese Senkung auch den Deckungsgrad senkt und der Kanton den Versicherten einen höheren Betrag verzinsen muss.

3. Punkt (Lebenspartnerrente)

Frage: Was ist eine Lebenspartnerrente?

Antwort: Aktuell bekommt die/der LebenspartnerIn auch nach sehr langer Partnerschaft keine Rente nach dem Tod des Versicherten. Die meisten anderen Kassen kennen die Lebenspartnerrente schon lange. Bei der aktuellen Risikoprämienberechnung wird von einer Lebenspartnerrente ausgegangen, weshalb eine solche auch zwingend eingefordert werden muss.

Frage: Ab wann gilt man als Lebenspartner?

Antwort: Der/Die Berechtigte muss gemeldet werden. Die Partnerschaft muss mindestens 5 Jahre gedauert haben.

4. Punkt (Fusion)

Votum: Wenn die Vorteile transparent gemacht werden sollen, warum nicht auch die Risiken?

Antwort: Ein versierter Versicherungsexperte wurde von der Personalverbändekonferenz in Zusammenarbeit mit dem KLV beauftragt, den Fokus auf die Risiken zu legen. Die Regierung hat kein Interesse, uns das Negative aufzuzeigen, daher ist ein eigener Experte verlässlicher.

Antrag: Ergänzung ...wenn Vorteile **und Risiken...**

Abstimmung: Ja: 40 Nein: 30

5. Punkt (Sanierungsplan)

6. Punkt (paritätischer Selbständigkeit)

Antrag: : Satz „Das ist nicht mehr als **Anstand**“ streichen, da zu provokativ.

Votum: Es hat viel mit Anstand zu tun, ich finde den Hinweis gut.

Votum: Der Satz kann gut drin bleiben, da es in der Vergangenheit schon öfter daran gefehlt hat (z.B. Rückzahlung nach Bundesgerichtsentscheid).

Abstimmung: Die grosse Mehrheit lehnt den Antrag zur Streichung ab.

Schluss (Versprechungen einfordern)

Abstimmung: Die Resolution wird einstimmig überwiesen. (Anhang 2)

Die Resolution wird nun postwendend an die Regierung weitergeleitet mit der Aufforderung, bis Ende April Stellung zu beziehen. Gleichzeitig wird diese auf der KLV Homepage aufgeschaltet und die Personalverbändekonferenz informiert.

Es stellt sich die Frage, was der KLV unternimmt, wenn die Regierung an ihrem Vorgehen und ihren Inhalten festhält. Dazu müssen an dieser Stelle die Stilmittel diskutiert und festgelegt werden.

Stilmittel

Die in der letzten Umfrage am häufigsten genannten Stilmittel wie Verhandeln, Interventionen und die Resolution wurden bereits genutzt. Die GL schlägt deshalb als nächsten Schritt eine öffentliche Veranstaltung in der unterrichtsfreien Zeit vor, an der auch weitere Massnahmen diskutiert und beschlossen werden sollen, falls die Veranstaltung keine Wirkung zeigt.

Die Diskussion ist eröffnet.

Votum: Ein Streik in der Blockzeit wäre effektiver.

Votum Präsidium: Dies wäre bereits ein weiterer Schritt, der allenfalls an der Versammlung beschlossen werden könnte.

Votum: Anstatt der Schule bei einem Streik während den Blockzeiten fern zu bleiben, könnten wir die Schülerinnen und Schüler einfach hüten statt unterrichten.

Votum Präsidium: Es wird nicht goutiert wenn Kinder für Streiks missbraucht werden.

Votum: Unterstützt den Vorschlag der GL. Die Diskussion weiterer Massnahmen kann an der Veranstaltung geführt werden.

Um die Basis hinter sich zu wissen führt HV eine Konsultativabstimmung durch.

1. Wer würde z.B. an einem Mittwochnachmittag an einer öffentlichen Veranstaltung teilnehmen?

Eine grosse Mehrheit würde kommen.

2. Wer wäre bereit, die Werbetrommel zu rühren, um weitere Lehrpersonen zu motivieren, an der Veranstaltung teilzunehmen? Eine 2/3 Mehrheit würde das tun.

Votum: Versteht die Zurückhaltung bei der 2. Abstimmung nicht. Es geht um unsere Pensionskasse! Warum können nicht alle dafür die Werbetrommel schlagen?

Applaus aus dem Publikum

Votum: Was heisst Werbetrommel schlagen? Dies war unklar und deshalb gab es eine gewisse Zurückhaltung.

Antwort: Es geht nur darum, die KollegInnen mitzunehmen.

WK: Der Kanton müsste für alle Forderungen ca. 1.6 Milliarden einschiessen. Der bürgerliche Kanton Zürich hat letzte Woche für seine Pensionskasse 2 Milliarden beschlossen – und damit für dieses Jahr ein Defizit von 1.5 Milliarden. Auch weitere Kantone, selbst der arme Kanton Wallis, haben ihre Kassen mit grossen Einschüssen saniert. Im Kanton SG wird schon bei einem 40 Millionen Defizit ein Geschrei gemacht.

Applaus der Versammlung.

Herbst DV

Samstag, 27. Oktober 2012 im Mattenhof, Flawil

Frühlings DV

Mittwoch, 3. April 2013 in Sargans

Anschliessend sind alle zum Nachtessen im Restaurant Rössli eingeladen.

Herzlichen Dank für das zahlreiche Erscheinen und die spannenden Diskussionen. Die DV ist geschlossen.

Walenstadt, April 2012

Die Protokollführerin

Esther Probst